

Widerstand am Strassenrand

Protest Das Zürcher Weinland ist eine der Regionen, die für ein Tiefenlager für nukleare Abfälle in Frage kommen. In der Bevölkerung scheint man sich mit dieser Vorstellung grösstenteils abgefunden zu haben. Doch ein bisschen Widerstand gibt es.

Michel Burtcher

Normalerweise ist nicht viel los an dieser Kreuzung in der Gemeinde Marthalen im Zürcher Weinland. Landwirte arbeiten auf ihren Feldern, Pendler fahren mit ihren Autos vorbei, zu sehen gibt es wenig. Mit Ausnahme vom Donnerstagabend, wenn Atomgegner am Strassenrand ihr Lager aufschlagen, gleich neben dem Feld, auf dem Kartoffeln angebaut werden. Sie treffen sich dort Woche für Woche, immer für eine Stunde. Seit über drei Jahren machen sie das schon, ohne Ausnahme, bei Wind und Wetter. An diesem Donnerstag haben sich knapp zehn Frauen, Männer und Kinder dort eingefunden. Die Sonne brennt unbarmherzig auf ihre Köpfe herab, das Thermometer zeigt über 30 Grad. Die Aktivisten hängen Plakate auf: «Atom-Müll geht alle an» oder «Atomkraft? Nein Danke» steht darauf.

Mit ihrer Mahnwache wollen sie ein Zeichen setzen. Ein Zeichen gegen das Tiefenlager für nukleare Abfälle, dessen Eingang dort gebaut werden könnte, wo sie stehen. Rund 700 Meter unter der Erde würde das radioaktive Material 200 000 Jahre lang verschlossen aufbewahrt. Das Zürcher Weinland – oder Zürich Nordost, wie die Region in diesem Zusammenhang genannt wird – ist einer von drei Standorten, die noch für ein Endlager in Frage kommen (siehe Karte). Ende dieses Jahres wird der Bundesrat entscheiden, welche von ihnen vertieft geprüft werden. Es ist wahrscheinlich, dass es alle drei sein werden. Denn so haben es die Aufsichtsbehörden empfohlen. Und ein Abweichen von dieser Empfehlung müsste «umfassend begründet» werden, wie es beim Bundesamt für Energie heisst.

«Die Zeit der grossen Demonstrationen ist vorbei»

Eine der Aktivistinnen, die an diesem Tag am Strassenrand stehen, ist Marianne Studerus. Die Lehrerin wohnt in Benken, der Nachbargemeinde von Marthalen. Es ist kurz nach 17 Uhr und sie zieht eine gelbe Kappe an. «Das ist unser Markenzeichen», sagt Studerus. Gelb ist die Farbe des internationalen Anti-Atom-Abzeichens. Immer wieder winken Autofahrer der Gruppe zu oder hupen. Studerus ging schon in den frühen 1990er-Jahren auf die Strasse, als die Endlagerpläne erstmals bekannt und in der Region erste Sondierungsbohrungen durchgeführt wurden. «Früher haben wir noch grosse Demonstrationen organisiert», sagt sie. «Doch diese Zeit ist vorbei.»

Darum haben Studerus und ihre Mitstreiterinnen 2015 mit der Mahnwache begonnen. «Das ist eine kleine Aktion. Es ist aber wichtig, dass wir regelmässig sichtbar sind und die Bevölkerung aufrütteln», sagt sie. Die Aktivistinnen haben grosse Bedenken wegen des Endlagers, wegen möglicher Unfälle und der Radioaktivität, die freigesetzt werden könnte. «Wir sind nah am Grundwasser, nah am Rheinfall», sagt Studerus. «Undenkbar, was passieren könnte!» Die Gruppe kommt aus der Anti-AKW-Bewegung, aus dem links-grünen Lager. Damit sind sie im Zürcher Weinland in der Minderheit. Die Region ist SVP-Land. In Marthalen gaben der Partei, welche die Atomkraft befürwortet, bei den letzten Nationalratswahlen fast 50 Prozent der Bevölkerung ihre Stimme.

Der Widerstand soll professioneller werden

Mitglied der SVP war früher auch Jürg Rasi. Doch der Landwirt hat den Glauben in die Politik und den Rechtsstaat mittlerweile verloren, wie er sagt. Er steht auf dem Kartoffelfeld und zeigt Richtung Norden. Dort steht sein Hof, knapp 300 Meter entfernt. Rasi hätte die



Jeden Donnerstag veranstalten Tiefenlager-Gegner eine Mahnwache am Strassenrand. So wollen sie die Bevölkerung aufrütteln. Bild: Benjamin Manser (Marthalen, 16. August 2018)

Oberflächenanlage des Tiefenlagers gemäss jetziger Planung wortwörtlich vor der Nase. Er müsste gar einen Teil seines Landes ab- und damit seinen Hof aufgeben. Ein eigentliches Fabrikenareal mit mehreren Gebäuden ist geplant, bis zu acht Hektaren gross könnte es werden, das entspricht rund zehn Fussballfeldern. «Freiwillig bekommen sie von mir keinen Quadratmeter», sagt Rasi. Schon vor einigen Jahren hat er darum die «Ländliche Interessengemeinschaft kein Endlager im Weinland» ins Leben gerufen, rund 120 Mitglieder zählt sie mittlerweile.

Von einer grossen Widerstandsbewegung gegen das Tiefenlager im Weinland kann jedoch – zumindest im Moment – nicht die Rede sein. Es gibt zwar durchaus viele Skeptiker, doch nur wenige begehren auf, engagieren sich aktiv gegen die Pläne. Eine Studie kam 2016 zum Schluss, dass 32 Prozent der Bevölkerung in der Region Zürich Nordost gegen ein Tiefenlager sind. Das will Rasi nun ändern. Der Widerstand soll professioneller werden. Am Sonntag gründet der Landwirt darum einen Verein: Like Weinland. «So haben wir mehr Möglich-

keiten, können beispielsweise Spenden sammeln», sagt der Landwirt. Zudem hofft er, mit dem Verein eine breitere Bevölkerungsschicht anzusprechen. Rasi fühlt sich aber vor allem von der Politik im Stich gelassen. «Die regionalen Politiker wehren sich viel zu wenig für uns», sagt er.

Lokale Bevölkerung kann kein Veto einlegen

Damit ist auch Matthias Stutz gemeint. Sein Büro befindet sich rund eineinhalb Kilometer von Rasis Hof entfernt, in einem schmucken Riegelhaus, wie es sie viele gibt in Marthalen. Er ist der Gemeindepräsident des 2000-Seelendorfs und Mitglied der SVP. Stutz sagt: «Niemand in der Region hat Freude daran, dass hier bei uns ein Tiefenlager entstehen könnte.» Die Ablehnung hat sich die Gemeinde 2014 gar in ihr Leitbild geschrieben – «aus volkswirtschaftlichen Überlegungen, Sicherheitsaspekten, Gefahrenpotenzial für das grosse Grundwasservorkommen», wie es dort heisst. Trotzdem sagt Stutz: «Wir können schon sagen, dass wir kein Tiefenlager wollen – es bringt einfach nichts.» Was er damit

meint: Ein Veto einlegen kann die betroffene Bevölkerung nicht, einzig eine nationale Abstimmung ist möglich. Das Bundesamt für Energie betont jedoch, dass man den «Mitsprachemöglichkeiten im Standortauswahlverfahren sehr grosses Gewicht» beimesse.

Das geschieht unter anderem über die sogenannte Regionalkonferenz, die für einen ständigen Dialog sorgt zwischen den Bundesbehörden und Vertretern der lokalen Bevölkerung. Matthias Stutz ist dort Mitglied der Leitungsgruppe. «So können wir den ganzen Prozess kritisch, aber sachlich begleiten», sagt er. «Wir hinterfragen dabei alles und suchen immer wieder Argumente, warum das Endlager nicht hier gebaut werden soll.» Den Vorwurf, dass sich die lokale Politik zu wenig einsetzt für die Bevölkerung, weist er zurück. Gleichzeitig betont Stutz: «Wenn bei uns wirklich der sicherste Ort ist für ein Tiefenlager, dann müssen wir lernen, damit zu leben, dass man es hier baut», sagt Stutz.

Nach einer Stunde packen Studerus und die anderen Aktivistinnen am Strassenrand ihre Sachen wieder zusammen. Ob das Weinland wirklich ein sicherer Ort

für ein Tiefenlager ist, bezweifeln sie. Der nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) und dem eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat vertrauen sie diesbezüglich nicht. «Die Geschichte, wie das Endlager der Bevölkerung aufgedrängt wird, ist eine des Verschweigens der wichtigen Informationen», sagt Studerus. Salamischeibenweise würden «unangenehme Tatsachen» veröffentlicht. «Ich habe nicht den Eindruck, dass die Bevölkerung weiss, was auf sie zukommt», sagt sie.

Studerus erzählt, sie sei vor 38 Jahren in die Region gezogen, weil sie wollte, dass ihre Kinder in einer gesunden, schönen Umgebung aufwachsen – dann zuckt sie mit den Schultern. Sie selbst zieht bald um, nach Romanshorn. Die Hoffnung, dass die Weinländer das Tiefenlager noch aufhalten können, hat Studerus nicht verloren: «Wir müssen einfach laut genug sein.» Bauer Jürg Rasi geht davon aus, dass der Entscheid des Bundesrates Ende Jahr in der Region noch einiges bewirkt wird – oder er hofft es zumindest. «Der Weinländer braucht einfach ein bisschen Zeit», sagt Rasi.

Vorgeschlagene Standorte für die Tiefenlager



Die langwierige Suche nach dem geeigneten Standort

Die Schweiz sucht zwei Standorte für radioaktive Abfälle: In einem Tiefenlager sollen hochaktive Abfälle gelagert werden, im anderen schwach- und mittelaktive. **Drei mögliche Standortregionen** sind noch im Rennen: Jura Ost, Nördlich Lägern sowie Zürich Nordost. Voraussichtlich Ende dieses Jahres wird der Bundesrat definitiv entscheiden, welche von ihnen in der nächsten Etappe vertieft geprüft werden. Gestern teilte das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation mit, dass es drei Bewilligungen für **Sondierungsbohrungen in den potenziellen Standortgebieten bewilligt** hat. Weitere Gesuche sind hängig. Mit den Bohrungen will die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver

Abfälle (Nagra) ab 2019 den geologischen Untergrund genauer untersuchen. Die Auswahl der Standorte für die **Vorbereitung der Rahmenbewilligungsgesuche** wird von der Nagra etwa im Jahr 2022 getroffen. Der **abschliessende Standortentscheid des Bundesrats** wird für 2029 erwartet. Dieser muss dann noch vom Parlament genehmigt werden und unterliegt dem **fakultativen Referendum**, welches etwa im Jahr 2031 stattfinden könnte. Bis die Anlagen dann wirklich stehen, dauert es noch Jahrzehnte: Wenn alles wie geplant läuft, könnte das Tiefenlager für schwach- und mittelaktive Abfälle voraussichtlich etwa 2050 und jenes für hochaktive Abfälle etwa 2060 in Betrieb genommen werden. (mbu)